

**Manfred Kock, Präses i.R.**

**Merkenicher Strasse 281  
50735 Köln  
Tel: 0049-221/9712300  
Mail: [MGKock@gmx.de](mailto:MGKock@gmx.de)**

**Köln, 15.6.2012**

An die Unterzeichner der Erklärung  
zur Ausstellung Nakba - Flucht und Vertreibung  
der Palästinenser in Köln  
Herrn Oberbürgermeister J. Roters u. a.

Sehr geehrter Herr Roters, liebe Mitglieder des „Kölner Arbeitskreises Israel – Palästina,

Sie haben diesen Arbeitskreis gegründet, als Planungen bekannt wurden, die Nakba-Ausstellung auch in Köln zu zeigen. Verständigung und Zusammenarbeit ist Ihr Ziel und der Einsatz für eine friedliche und gerechte Lösung des Nahostkonflikts.

Diesem Ziel fühle auch ich mich verbunden, arbeite daher seit Jahren in der Gesellschaft für christlich-jüdische Zusammenarbeit und in Verein Städtepartnerschaft Köln-Bethlehem mit. Zugleich bin ich Mitinitiator von DINO = Deutsche Initiative für den Nahen Osten.

Die erste Erklärung, die Ihr Arbeitskreis veröffentlicht hat, ist die zur Nakba-Ausstellung. Nachdem zunächst versucht wurde, die Ausstellung zu verhindern, wird sie von Ihnen kritisiert. Sie gestehen ihr zu, dass die Ausstellung einen Beitrag leisten will, für das Leiden der palästinensischen Flüchtlinge den ihm zukommenden Platz in der Gesellschaft zu sichern. Aber sie bezeichnen die Ausstellung als lückenhaft, weil sie den historischen Kontext ausspart, die Vertreibung der Juden und den lebensbedrohenden Antisemitismus in vielen arabischen Ländern. Sie vermissen Hinweise auf den palästinensischen Terrorismus, auf arabische Vernichtungsdrohungen und die Gefahren, die vom Iran ausgehen. Sie fürchten, dass die Ausstellung als einseitige Schuldzuweisung an Israel und den Zionismus verstanden werden könne.

In diesem Brief ist nicht Raum genug, die von Ihnen genannten Mängel der Ausstellung im Einzelnen zu diskutieren. Wie schön wäre es doch, sie genau dazu zu nutzen. Mir läge vor allem daran, einmal zu erörtern, was unter ‚Zionismus‘ und ‚Antizionismus‘ zu verstehen ist. Einen religiös-konservativer Teil der israelischen Bevölkerung verfolgt eine Siedlungspolitik unter Berufung auf das „von Gott versprochene Recht am verheißenen Land“. Diesem Bevölkerungsteil kommt die derzeitige Politik der Nethanjahu-Regierung entgegen. Solange zionistische Tradition jedoch Politik unter Berufung auf Gottesverheißungen zulässt, kann es zwischen Israelis und Palästinensern nicht zu pragmatischen Lösungen kommen. Ebenso darf auf der anderen Seite religiöser Wahn sich nicht zu Terror hinreißen lassen. Darauf hinzuweisen mag ich mir nicht durch den Vorwurf Antizionist, Antisemit verbieten lassen.

Zweifellos enthält die Ausstellung aber doch die Sicht (das Narrativ, wie man sagt) der palästinensischen Seite. Die wird von anderer Seite zumeist als einseitig bezeichnet. Deswegen die jeweilige Sicht von vorneherein zu diskreditieren, verschärft die Gegensätze und führt zu den Schuldzuweisungen und Stereotypen, die Sie befürchten.

Was mir überhaupt nicht einleuchtet, ist Ihre Ausstellungskritik angesichts des letzten Absatzes Ihrer Erklärung. Da schreiben Sie ausdrücklich, dass Versöhnung nur gelingen kann, „wenn beide Seiten ihre Geschichte und konträre Sicht jeweils zur Kenntnis nehmen und daraus Folgerungen entwickeln“. Wenn Ihr Arbeitskreis dieses Ziel ernstlich vertritt, hätte er die Chance der Ausstellung nutzen müssen.

Mit freundlichen Grüßen

Ihr Manfred Kock